

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutsch-Bund)
Berlin N.O. 53, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 67/68.

Berlin, Sonnabend, 25. August 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Auf dem richtigen Wege. — Die Teilung des Reichsamtis des Innern und die Arbeiterbewegung. — Betriehel Sure Ueberzeugung offen! — Schärfere Ueberwachung nötig! — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbande. — Anzeigen.

Auf dem richtigen Wege.

„Die Anschauungen und Grundzüge der Deutschen Gewerksvereine haben sich in diesem juchtbaren Kriege glänzend bewährt.“ So oder ähnlich konnte man in unseren Organen es immer und immer wieder lesen; solchen Ausprüchen begegnet man in fast allen Versammlungen. Und sie sind auch berechtigt! Die freiheitlich-nationale Grundanschauung unserer Organisation hat ihre Probe glänzend bestanden. Ohne etwas aufgeben, ohne irgend eine Wandlung vornehmen zu müssen haben die Deutschen Gewerksvereine treu zum Vaterlande gehalten. Sie werden es auch weiterhin tun und gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen, bis der ehrenvolle Friede, den wir von ganzem Herzen herbeiwünschen, wieder eingetroffen ist. Ein freiheitlicher Zug geht durch die Welt. In Rußland ist die Macht des Zarentums gebrochen; in anderen Ländern schreitet die Entwicklung in freiheitlicher Richtung vor. Für Preußen ist ein besseres Wahlrecht angekündigt, und mancherlei Änderungen deuten darauf hin, daß die angekündigte Neuorientierung manchen alten Jopf beseitigen wird. Und der nationale Gedanke! Niemand ist er im deutschen Volke deutlicher und schärfer zum Ausdruck gekommen als während dieses Krieges. Selbst diejenigen Kreise, die sich dem Internationalismus mit Haut und Haar verschrieben hatten, sind zum größten Teil eines Besseren belehrt worden. Sie haben es erfahren, daß das nationale Band fester ist als die künstlichen internationalen Beziehungen, die man auf Verbündungs-kongressen durch schwülstige Reden und phrasenreiche Entschlüsse unauflöslich knüpfen zu können geglaubt hatte. Ganzwohl, die Deutschen Gewerksvereine haben diesem Nummel stets ferngestanden; ihre auf freiheitlich-nationaler Anschauung aufgebaute Organisation erblickte ihr Tätigkeitsgebiet im Vaterlande, das möglichst wohlhinlich zu gestalten sie als ihre Hauptaufgabe betrachteten. Das hinderte sie natürlich nicht, mit gleichgesinnten Vereinigungen im Auslande freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, schon damit ihre Mitglieder auch in weiter Ferne eine Stätte haben, wo sie Zusucht finden.

Solche Betrachtungen sind geeignet, unsere Mitglieder mit Stolz und Genugtuung zu erfüllen. Sehr schön! Aber sie legen uns auch eine Verpflichtung auf. Wenn wir in harter Prüfungszeit erkannt haben, daß wir uns auf dem richtigen Wege zu unseren Zielen befinden, dann muß unser Trachten auch darauf gerichtet sein, daß die Zahl derer, die mit uns marschieren, recht groß ist und dauernd zunimmt. Das Heer unserer Mitkämpfer müssen wir so zu verstärken suchen, daß die so herrlich bewährten Grundzüge sich überall Bahn brechen und schließlich Gemeingut der ganzen deutschen Arbeitererschaft werden.

Dazu müssen wir uns aber rühren. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, die Hände selbstzufrieden im Schoße gefaltet, bis die Arbeiter von selbst zu uns kommen. Da werden wir nach den bis herigen Erfahrungen lange warten können. Vielmehr müssen wir versuchen, selbst Einfluß auf den Gang der Entwicklung zu gewinnen, indem

wir, jeder einzelne an seiner Stelle, alle Kräfte anspannen, den Indifferenten den Wert und die Bedeutung der Organisation immer und immer wieder zu Gemüte führen und ihnen an der Hand der Tatsachen nachweisen, daß sie in den Deutschen Gewerksvereinen am sichersten geboren sind. Damit handeln wir nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft im allgemeinen, wir verfolgen auch unsern eigenen Vorteil. Denn je stärker die Organisation, umso größer ihre Macht, umso stärker der Druck, den sie auf die Gestaltung der Dinge auszuüben vermag.

Die Krise, in die der Krieg die Organisationen aller Richtungen gebracht hat, kann als überwunden gelten. Die Mitgliederzahlen bewegen sich wieder in aufsteigender Richtung. Als Beispiel sei angeführt, daß unser Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter allein weit über 10 000 Mitglieder mehr zählt als zur Zeit seines niedrigsten Standes im Kriege. Es geht also wieder vorwärts, und wenn auch vielleicht nicht in allen Industrien die Verhältnisse gleich günstig liegen, so muß doch der Bereich mit aller Energie unternommen werden, in allen Gliedern unseres Verbandes soviel wie möglich zu gewinnen. Wir dürfen es uns erlauben, nochmals auf die in der Zukunft liegenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, auf die Fülle der unser harrenden Aufgaben hinzuweisen. Das ist oft genug von dieser Stelle aus geschehen. Wer die Vorgänge in der Arbeiterbewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt, wer nur einigermaßen zu beurteilen vermag, welche Umwälzungen auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete sich vollziehen müssen und werden, dem braucht kein neuer Beweis für die Notwendigkeit der Stärkung der Arbeiterorganisationen beigebracht zu werden.

Also, Kollegen und Kolleginnen, die ihr durchdrungen seid von der Ueberzeugung, daß wir größere Macht gewinnen müssen, legt diese Ueberzeugung nunmehr in die Tat um! Vorwärts auf der ganzen Linie! Das muß jetzt unser aller Parole sein. Und nicht allein die Gewinnung neuer Berufsgenossen für den eigenen Gewerksverein dürfen wir uns angelegen sein lassen, auch an die andern Berufe müssen wir denken, namentlich an diejenigen, deren Gewerksvereine nur schwach sind und der Unterstützung ihrer stärkeren Brüder bedürfen. Wir wollen keine Namen nennen. In einer großen Familie muß jeder für jeden sorgen. Namentlich die Ortsverbände dürfen niemals außer acht lassen, daß die Gründung von Ortsvereinen neuer Berufe eine ihrer Hauptaufgaben ist. An vielen Orten, wo manches zu erreichen wäre, ist man sich dieser Verpflichtung nicht genügend bewußt. Auch der Unterstützung solcher Ortsvereine, die durch den Krieg besonders fühlbare Verluste erlitten haben und dadurch so geschwächt sind, daß ihre Lebensfähigkeit in Frage gestellt wird, könnte man oft mehr sein Augenmerk zuwenden. Mit vereinten Kräften müssen wir unsere ganze Organisation zu stützen und zu fördern suchen. Wenn wir danach handeln, dann werden bald sämtliche Gewerksvereine Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen haben.

Auf zwei andere Punkte noch möchten wir dabei die Aufmerksamkeit lenken, auf die Jungen und die Frauen. Wenn wir uns einen kräftigen Nachwuchs sichern wollen, ist es notwendig, die jungen Leute, die heute in so großen Mengen in den Fabriken beschäftigt werden, für unsere Ideen zu gewinnen. Der Ernst des Lebens ist an viele dieser jungen Arbeiter

früher und mit größerer Eindringlichkeit herangetreten, als es in friedlichen Zeiten geschehen wäre. Mancher von ihnen ist jetzt der Ernährer seiner Angehörigen geworden oder trägt doch zu ihrem Unterhalt den Löwenanteil bei. Solche Menschen bekommen auch früher Verantwortlichkeitsgefühl und sind deshalb empfänglicher für die Bestrebungen, die von den Organisationen der Arbeiter verfolgt werden. Man muß sie nur darauf in geschickter und begreiflicher Weise hinlenken. Dann wird mancher von ihnen den Weg zur Organisation finden, bei Zeiten ein Mitstreiter werden und, rechtzeitig belehrt über das Wesen und die Bedeutung der Organisation, vielleicht später ein eifriger Vorkämpfer werden für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die geistige Emporhebung der arbeitenden Klassen.

Ähnlich steht es mit den Frauen. Niemals ist das Heer der Arbeiterinnen so groß gewesen wie jetzt. Feuerungsverhältnisse, die Einberufung des Mannes, sein Tod auf dem Felde der Ehre und manche andere Umstände haben zahlreiche Frauen gezwungen zur Erwerbsarbeit zu greifen, nicht nur solche, die sie schon von früher her kannten, sondern ebenso viele, die niemals daran gedacht haben, daß sie jemals in diese Lage kommen würden. Wie viele von diesen Frauen später ihre Erwerbstätigkeit fortsetzen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Einen Teil aber wird der Druck der Verhältnisse dazu zwingen. Mit ihnen muß die männliche Arbeiterschaft rechnen, und wenn diese Frauen nicht zu Lohnbrüderinnen werden sollen, dann muß man bei Zeiten daran denken, sie der Organisation zuzuführen. Die Schwierigkeiten, die dem in Friedenszeiten entgegenstanden, sind jetzt bei weitem nicht mehr so groß. Der Sinn für soziale Fragen ist auch im weiblichen Geschlecht erwacht; er muß nur in die richtige Bahn gelenkt werden. Außerdem gilt für viele nicht mehr die Ausrede, daß die Fabrikarbeit doch nur ein Uebergangsstadium zur Ehe sei. Viele werden daran gefesselt werden, schon weil sich die Heiratsmöglichkeiten verschlechtert haben dadurch, daß so viele junge Männer gefallen sind. Also die Arbeit ist leichter geworden. Nur frisch ans Werk! Wo nicht die Möglichkeit gegeben ist, die Frauen einem bestimmten Berufsgewerksverein, der weibliche Mitglieder aufnimmt, zuzuführen, da müssen die Arbeiterinnen für die Ortsvereine der Frauen und Mädchen gewonnen werden, und wo es einen solchen nicht gibt, nun, da muß er eben gegründet werden. Die hier und da bei den männlichen Kollegen beobachtete Gleichgültigkeit gegenüber diesen Dingen ist sehr schlecht angebracht; sie könnte sich demaldest an ihnen selbst recht schwer rächen.

An Betätigungsmöglichkeiten für die Organisation fehlt es nach alledem nicht. Jeder wird ein Feld finden, wo er mit Erfolg wirken und den Gewerksvereinen neue Anhänger gewinnen kann. Nur der feste Entschluß muß vorhanden sein. In diesen harten Zeiten aber ist es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, für die Stärkung seiner Interessenvertretung, das ist eben die Organisation, einzutreten. Nur wenn jeder seine volle Schuldigkeit tut, können wir die kommende Entwicklung zu unseren Gunsten beeinflussen, können wir der Gewerksvereinsbewegung diejenige Bedeutung und Macht verschaffen, die wir ihr im Interesse unserer Mitglieder und der gesamten deutschen Arbeitererschaft wünschen müssen.

Die Teilung des Reichsamts des Innern und die Arbeitgeberzeitung.

Die Umgestaltung des Reichsamts des Innern wird im Arbeitgeberlager mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Arbeitgeberzeitung begrüßt sie — wie sie selbst laßt — mit einem heiteren und einem ernsten Auge. Notwendig allerdings war die Teilung auch nach Ansicht dieses Blattes, da der Krieg dem Reichsamt des Innern eine so ungeheure Fülle neuer Aufgaben gebracht hat, daß die Teilung dieser am meisten belasteten Reichsstelle, die Abgliederung eines Reichswirtschaftsamtes, nicht mehr aufzuschieben war.

Wir sehen von der Tatsache, daß wieder einmal ein neues, mit großen und weitreichenden Befugnissen ausgestattetes Reichsamt das Licht der Welt erblickt hat; wir sind auf dem Wege zum Reumutmaß wieder ein Schrittchen weiter gekommen, wir sehen voraus, daß die neue Instanz ihr Lebensrecht und ihre Lebensfähigkeit durch eine Fülle neuer Erhebungen, Verordnungen, Gesetze darzutun suchen wird. Inzwischen, wie die Dinge liegen, wird man immer von zwei Nebeln das Kleinere müssen und sich vor Augen halten müssen, daß in der Tat der frühere Zustand wenig befriedigend war, und daß vor der unabwendbaren Notwendigkeit einer Reform die oben angebotenen Gedanken zurücktreten müssen. Es wird also grundsätzlich gegen die nunmehr erfolgte Neugründung ein Widerspruch kaum erhoben werden können; im einzelnen freilich herrscht über die Befugnisse dieses Reichswirtschaftsamtes noch keine völlig ausreichende Klarheit, so daß abzuwarten sein wird, wie sich die weitere Organisation vollzieht.

Dann folgt eine Aufzählung der mannigfaltigen Aufgaben, die dem Reichswirtschaftsamt zufallen werden, und schließlich in einer längeren Schlussbetrachtung eine Reihe von Bedenken, daß nun die Sozialpolitik etwas schneller vorwärtsgen gehen könnte. Die Arbeitgeberzeitung schreibt nämlich:

Dem Reichswirtschaftsamt fällt aber auch vor allem die Bearbeitung der Sozialpolitik zu, und wir wissen, daß es hier Gegenstände und Spannungspunkte zu überwinden gibt, die weitaus wichtiger und einschneidender sind als alle übrigen Konfliktstoffe. Die Regelung des Arbeitsmarktes, die notwendige Umgestaltung der während des Krieges auf wunderliche Weisen geratenen Lohnverhältnisse, die Behandlung vieler Fragen, die ebenfalls der Krieg neu erheben ließ (Frauenarbeit, Wohnungsverhältnisse usw.); man sieht voraus, daß die Sozialpolitik nach dem Friedensschluß den heißesten Boden öffentlicher Auseinandersetzungen bilden wird. Und schon künftigen Sozialdemokratie und Gewerkschaften scharfe Kämpfe an, wenn sich nicht das Unternehmertum bedingungslos ihren Willen fügt; die Führer der organisierten Arbeiterkraft fühlen sich getragener von der steigenden demokratischen Flut und glauben ihre politischen Ansprüche auf das höchste Maß steigern zu können. Diese Entwicklung wird natürlich nicht dazu beitragen, die Verständigung in sozialpolitischen Fragen zu erleichtern, und wiederum wird es sehr viel auf das Geschick der leitenden Regierungsmänner ankommen, die sich in diese Kämpfe einmischen. An die Spitze des Reichswirtschaftsamtes ist der Straßburger Oberbürgermeister Dr. Rudolf Schwander zu berufen. Zeits hat ihn die „Soziale Praxis“ in einem sehr wohlwollenden Begrüßungsartikel für sich und ihre Richtung reklamiert, das Blatt hebt besonders hervor, daß sich der neue Staatssekretär auch in führenden Gewerkschaftskreisen eines ausgezeichneten Rufes erfreut und ebenso hat der „Vorwärts“ schon auf die großen Sympathien anspielt, die der Leiter unserer künftigen Sozialpolitik der Arbeiterkraft entgegenbringt, und die ihm in bereitwilliger Anerkennung der Lohnarbeiterzeitung in recht ansprechender Weise hervorhebt, es ist zwar besonders die Rede von Ethik, Fortschritt, aber auch für diesen Industriezweig dürfte die von Dr. Schwander aufgestellte Behauptung, daß die Lohnarbeiterklasse ein beständiges, „die Löhne im ganzen unübertrefflich beeinflussendes Anwachsendes erfährt“, auf schmerzlichen Füßen stehen. Dr. Schwander gehört ferner zu den Herausgebern des kommunalen Jahrbuches, das sich im Ganzen einer durchaus objektiven Berichterstattung befleißigt, aber naturgemäß in seinen Referaten über Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweis und anderen Arbeiterfragen eine gewisse Sinnlosigkeit zur Parität und zum Gemeinwohl nicht verbergen kann. Daß dem neuen Staatssekretär nachgerühmt wird, er habe als Bürgermeister von Straßburg den Armen und Schwachen seine besondere Fürsorge auszuwandeln, wird man ihm gewiß zum Lobe anrechnen müssen, und es vervollständigt das Bild eines Mannes, in dessen Brust ein warmes Herz für alle Notleidenden und Verdienten schlägt. Solche Einstellung muß für die Sozialpolitik verantwortliche Reichsbeamte mit sich bringen, aber man wird doch an der Schwelle seiner Amtstätigkeit den Wunsch ausdrücken dürfen, daß sich mit diesem Wohlwollen für die „wirtschaftlich Schwachen“ auch eine volle Gerechtigkeit für diejenigen Volksteile verbindet, die sich oft mit viel größerem Recht zu den Schwachen rechnen dürfen, und daß ferner das Verhältnis zu eigen ist für die Bedeutung derjenigen Kreise, auf deren Unternehmungskraft und Unternehmungskraft das ganze Gelingen der Volkswirtschaft beruht. In einer Periode der „Demokrati-

fierung“ ist ein Minister für Sozialpolitik besonderen Verdiensten ausgesetzt, bringt er nun gar noch eine ausgeprägte Richtung mit sich, so kann es leicht geschehen, daß ihm das rechte Augenmaß für die gegenseitigen Verhältnisse der einzelnen Stände abhanden kommt. Mäße es dem neuen Leiter des Reichswirtschaftsamtes gelingen, sich besonders auf sozialpolitischem Gebiet von allen Vorurteilen freizubehalten, so daß sein Wirken und Schaffen der tiefsten Bedeutung des altbewährten Wortes: „Suum cuique, jebem das Seine, gerecht wird!“

Es kann für die Arbeiterkraft nur nützlich sein, wenn sie die in den der Arbeitgeberzeitung nahestehenden Kreisen herrschende Stimmung kennen lernt. Vielleicht bildet das einen Ansporn mehr, alles zu tun, ihre Organisation zu stärken, die allein in der Lage ist, den sozialpolitischen Bremsern das Handwerk zu legen. Aus jedem Satze leuchtet die Besorgnis heraus, der neue Leiter der deutschen Sozialpolitik könnte der Arbeiterkraft zu viel Entgegenkommen zeigen. Soffentlich besitzt Herr Dr. Schwander so viel Selbstständigkeit und Lafrakt, daß er, unbekümmert um diese Warnungen, den Weg ehet, den ihm sein soziales Verständnis zeigt! Soffentlich gelingt es ihm auch, allerdings in anderem Sinne, als es die Arbeitgeberzeitung meint, sich von allen Vorurteilen freizubehalten und im Interesse der deutschen Volkswirtschaft die soziale Reform so zu fördern, daß die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterkraft in der Zukunft nicht gehemmt, sondern angespornt wird.

Vertretet Eure Ueberzeugung offen!

Unter dieser Ueberschrift richtet der „Regulator“ an die Mitglieder des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter eine zeitgemäße Mahnung, der wir in weiteren Kreisen Beachtung wünschen. Es heißt darin:

Schon in Friedenszeiten wäre mancher unglücklich ausgefallene Streik unterblieben, wenn die ruhigeren Elemente in der Arbeiterkraft jederzeit den Mut gehabt hätten, ihre Ueberzeugung frei und offen zu bekennen. Aber in derartigen Versammlungen redeten sich die radikalen Elemente immer mehr in die Höhe hinein, die besonnenen Kollegen wußten wohl, wie die Dinge lagen, aber — sie fürchteten die Anrempelung durch die Radikalelemente, und so wurden manchmal Beschlüsse gefaßt, die später zum Nachteil der Arbeiter ausschlugen. Da hätte es oftmals im Interesse der Arbeiter gelegen, wenn die besonnenen Arbeiter zur rechten Zeit ihre Stimme erhoben hätten, oft wäre die Entscheidung doch anders gefallen. Das war in der Friedenszeit schon so. Jetzt befinden wir uns drei lange Jahre im Krieg, und da ist es ganz besonders notwendig, in der Arbeiterbewegung jede Ueberlegung zu vermeiden. Hohe Kriegsgewinne Einzelner, der Wucher bald auf allen Gebieten, die Ernährungsnotwendigkeiten, das alles bringt in den Arbeiterkreisen eine gereizte Stimmung hervor. Wenn dann noch radikale Elemente innerhalb der Arbeiterkraft, die eigene dunkle Pläne verfolgen, in aufsteigender Art auf die Arbeitermassen einwirken, dann entsteht die ernste Gefahr, daß da und dort Entschlüsse angenommen werden, die nachher zum Schaden der gesamten Arbeiterkraft ausschlagen müssen. Mehr als je muß deshalb an die besonnenen Elemente in der Arbeiterkraft der Ruf ergehen, sich unter keinen Umständen willenlos unter das Joch solcher unbefonnenen Schreier zu beugen, Seute erfordert es das Wohl der Arbeiterkraft und des Vaterlandes gleichmäßig, jede Unbefonnenheit zu vermeiden.

Ohne die Zustimmung der Organisationsorgane darf jetzt in der Kriegszeit erst recht nichts beschlossen werden.

Am schärfsten ist das planlose Herauslaufen aus der Arbeit zu beurteilen, bei dem ja nur in den allergeringsten Fällen etwas für die Arbeiter herauskommen kann. Durch solches Herauslaufen verbergen sich zunächst die Arbeiter die Arbeitsbedingungen, aber auch das Ansehen und damit die Stärke der Arbeiterorganisationen wird geschädigt, wenn solche Schritte ohne genügende Vorbereitung unternommen werden. Ueberall, wo derartige Dinge geschehen, gibt es genügend besonnene Arbeiter, die ganz genau überseht sind, daß das von den Uebertriebenen vorgeschlagene Mittel verkehrt und schädlich ist, aber — sie schweigen still, sie befürchten die Anrempelung.

Das ist grundverkehrt, wenn in solchen Versammlungen die ruhigen besonnenen Arbeiter schwei-

gen. Sie müssen auftreten und versuchen, die Arbeitskollegen auf den richtigen Weg zu weisen.

Es muß wenigstens von solchen Arbeitern versucht werden, die Entscheidung solange aufzuhalten, bis die zuständige Arbeiterorganisation verständigt werden kann.

Alle Lohn- und Arbeitszeitfragen dürfen heute nicht nur von dem momentanen Interesse der Arbeiter aus betrachtet werden, denn wir befinden uns in einem schweren Krieg; Deutschland kämpft um seine Existenz, um die Zukunft der kommenden Generationen. Auch für den deutschen Arbeiterstand hängt ungemein viel vom Ausgang des Krieges ab. Aus diesen Gründen müssen auch die Arbeiter neben ihrem eigenen Interesse immer noch bedenken, ob durch ihre Handlungen nicht das Gesamtinteresse des deutschen Volkes, zu dem sie ja in erster Linie gehören, nicht zu schwer geschädigt wird. Wenn so gehandelt wird, muß es möglich sein, ohne Schädigung der Kriegführung, den berechtigten Interessen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Snt doch gerade die Seeresleistung alles Interesse daran, die angestrebte Fortarbeit bei der Herstellung des Seeresbedarfes zu sichern. Gibt es Arbeitgeber, die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht nachzukommen gewillt sind, während sie doch finanziell dazu in der Lage wären, dann hilft manchmal schon eine sachliche Vortellung bei dem zuständigen Generalkommando, damit dann von dieser Stelle aus ein Druck auf den Arbeitgeber ausübt wird. Hat sich Unzufriedenheit in einem Betrieb angehäuft, dann kann es aber auf 8 oder 14 Tage nicht mehr ankommen, wenn dadurch, unter Mitwirkung der Organisationen, die Bewegung in sachliche Wege gelenkt werden kann.

Das zu erreichen, dazu ist es notwendig, daß sich die besonnenen Arbeiter von eintönen überradikalen Schreier nicht verblüffen lassen, sondern, wo es gilt, frei und offen ihre Meinung aussprechen.

Schärfere Ueberwachung nötig!

Der Reichsfinanzler hat eine Verschärfung der Vorschriften über den Lebensmittelhandel bekannt gegeben. Darnach haben die zum Handel zugelassenen Personen auf schriftlichen oder gedruckten Mitteilungen den Tag der Erlaubniserteilung und die Stelle zu vermerken, die die Genehmigung erteilt. Man wird sich von dieser Verschärfung natürlich nicht allzuviel versprechen dürfen, denn das Papier ist auch heute trotz des Papiermangels noch immer geduldig, und außerdem gibt es auch trotz dieser neuesten Bekanntmachung noch genug Lücken im Gesetz, durch die man mit Erfolg schlüpfen kann. Aber man hätte das Treiben gewisser Elemente in den Anzeigenteilen der Zeitungen mit Hilfe dieser Verschärfung gleichzeitig etwas eindämmen können, indem man verfügte, daß alle Anzeigenaufträge auf dem vorgeschriebenen Firmenpapier niederzuschreiben seien. Dadurch wären die Annoncenbedingungen ohne alle Schwierigkeit in der Lage, die „wilden“ Händler von der Aufnahme auszuschließen. Zweckmäßig wäre allerdings, die Vorschrift dahin zu ergänzen, daß Waren, die im Prinzip der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, auch als „beschlagnahmefrei“ weder angeboten noch gekauft werden dürfen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die „beschlagnahmefreie“ Dinge in neunzig von hundert Fällen auf etwas gewaltsame Weise der Beschlagnahme entzogen sind. Der nicht zahlungsfähige Käufer gewinnt noch immer aus den, allerdings etwas weniger zahlreich gewordenen Anzeigen den fatalen Eindruck, daß nach wie vor für Geld alles zu haben ist, und daß die Höchstpreise für Händler und Käufer in vielen Fällen nichts anhaben. Wie erst lebhaft ein Kontrahent ganz harmlos erklärte, als er Sonntag für 825 M. je Pfund verkaufte: „Höchstpreise? Das ist ganz egal, die geben mich nichts an.“

Einige Stichproben aus dem Annoncenteil einer verbreiteten Berliner Tageszeitung mögen für heute genügen: Eine Straußfedernfabrik hat 10 Zentner Bonbons zu verkaufen; zentnerweise kann man geschmackvolle, saftige Wurst (nicht aus Fisch oder Weicheln) erhalten; für 15 M. bekommt man ein Pfund Silberglanzlack, „Kriegensware“ (im Frieden kostete die beste Stärke 80 Pf. je Pfund). Ein Rittergutbesitzer von der Gms verkauft junge Gänse für 35 M. je Stück (der Höchstpreis für Gänse beträgt im Juli 16.—18. im August 17.—19 M.). „Beschlagnahmefreies“ Kartoffelmehl oder Weizenstärke zur Herstellung von Kleister sucht eine Schönebecker Firma, und eine Chemische Fabrik aus Frankfurt a. Main

sucht Meis
Mengen.
Nichtgen
Zentner
Kaispreis
stets 1,0
260 M.
Die V
gerechte
sole mögl

III

An d
haben sich
Bergarbei
gewandt:
Die
wielten an
von einer
verammlu
zu nehmen
Nach i
kommenden
dem V
den Rufz
tung eine
wolge zur
1. Der
nicht
einwaige
2. die S
um 1
75 Pf
werben.
3. die j
werden.
Die
genannte
die O
vertreten.
schlecht, m
Sollte
Verhandlu
gehende, d
burdaus
zu empfehl
der durch
tungsstell
Wir et
weiteren
handleitu

Die
sich mit
den, die
lungen m
find. K
nationale
arbeiter e

Rück
Schon je
wieder in
Rücktritt
leien. D
deutung
sah, die
wurden,
Posten z
doch zur
16. Augu
teit, da
leistung
Kommand
Chef des
wird in
leutnant
stellung
führung
Kriegsam
Kriegsger
Eindrück
angestreb
And
die tiefer
älteren
bedauern
Grüner
wirklich
Wünsche
Verständ
können n
Eigenscha

San
find in d
trieben v

nicht Reis, Weizen, Mais in großen und kleinen Mengen. — Auf die Spur der verschwundenen Kirchenkasse führt wohl das Angebot von 60 Zentnern Kirchkorn je 185 Mk. (der Kleinverkaufspreis für Kirchenkornmehle beträgt höchstens 1,08 Mk.), ein anderer verlangt sogar 260 Mk.

Die Verbraucher glauben solange nicht an eine gerechte Verteilung, solange noch derartige Angebote möglich und erlaubt sind.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 24. August 1917.

An die Arbeiter-Ausschüsse der Ruhrgegenden haben sich die Verbandsvorstände aller deutschen Bergarbeiterorganisationen mit folgendem Aufruf gewandt:

Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände hielten am 10. d. Mts. eine Besprechung ab, um zu den von einer Anzahl Arbeiterausschüssen und Bergarbeitervereinigungen erhobenen Lohnforderungen Stellung zu nehmen.

Nach sorgfältiger Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse kamen die Vorstände zu folgendem Beschluß, sämtlichen Arbeiterausschüssen auf den Ruhrgegenden zu empfehlen, bei ihrer Werkverwaltungen eine alsbaldige Lohnerhöhung zu beantragen, welche zur Folge hat, daß

1. Der Lohn für Sauer und Lebrhauer pro Schicht nicht unter 12 Mk. ausschließlich Kinder- und etwaigen anderen Zulagen betragen,
2. die Schichtlöhne für erwachsene männliche Arbeiter um 1 Mk. für erwachsene weibliche Arbeiter um 75 Pfg. und für Jugendliche um 50 Pfg. erhöht werden,
3. die jetzt gezahlten Kinderzulagen überall verdoppelt werden.

Die Vorstände sehen gegenwärtig davon ab, vorgenannte Forderungen in einer Eingabe an die Organisation der Werksbesitzer zu vertreten, da diese erfahrungsgemäß leider immer noch ablehnt, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Sollten die einzelnen Werksverwaltungen in den Verhandlungen mit ihren Arbeiterausschüssen vorkommende, durch die gegenwärtigen Zulagenverhältnisse durchaus gerechtfertigten Forderungen nicht bewilligen, so empfehlen wir den Arbeiterausschüssen die Anrufung der durch das Hilfsdienstgesetz eingeführten Schlichtungsstellen.

Wir ermahnen bestimmt, daß die Belegschaften keine weiteren Schritte ohne das Einverständnis der Verbandsleitungen unternehmen.

Mit Glückauf
die Verbandsvorstände.

Die Bergarbeiter haben es also fast bekommen, sich mit Eingaben an die Werksleitungen zu wenden, die in ihrem Großmachtsdünkel für Verhandlungen mit den Organisationen nicht zu haben sind. Hoffentlich führt, schon im Interesse der nationalen Wohlfahrt, der neue Weg die Bergarbeiter eher zum Ziele!

Rücktritt des Generalleutnants Gröner.

Schon seit einigen Wochen konnte man hin und wieder in der deutschen Presse Gerüchte von dem Rücktritt Grönors als Leiter des Kriegsamt's lesen. Diesen Notizen wurde keine besondere Bedeutung beigemessen, weil man in ihnen nur Fühler sah, die von schwerindustrieller Seite ausgestreckt wurden, um den mißliebigen Mann von seinem Posten zu entfernen. Nun ist der Rücktritt aber doch zur Tatsache geworden. In einer vom 16. August datierten Kabinettsorder wird mitgeteilt, daß Generalleutnant Gröner unter Verleihung hoher Auszeichnungen zum Divisionskommandeur und Generalmajor Scheuch zum Chef des Kriegsamt's ernannt worden sei. Weiter wird in der Kabinettsorder gesagt, daß Generalleutnant Gröner deswegen in eine andere Dienststellung berufen sei, weil zur einheitlichen Durchführung der Volksernährung ein Teil der dem Kriegsamt zugewiesenen Gebiete jetzt an das Kriegsernährungsamt übergeht und eine weitere Einschränkung des Dienstbereichs des Kriegsamt's angestrebt wird.

Andererseits wird mit Nachdruck betont, daß die tieferen Gründe für den Rücktritt Grönors älteren Datums seien. Wie dem auch sei: Wir bedauern das Scheitern des Generalleutnants Gröner aus seinem Amte aufrichtig, weil er eine wirklich energische Natur war, die auch für die Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft Verständnis und ein offenes Ohr hatte. Wir können nur wünschen, daß seinem Nachfolger diese Eigenschaften in demselben Maße innewohnen.

Handzettel mit der Aufforderung zum Streik sind in den letzten Wochen mehrfach in Kriegsbetrieben verteilt worden, gerade also in einer Zeit,

in der unsere wackeren Feldgrauen auf allen Fronten die heftigsten Angriffe auszuhalten haben. Von verschiedenen Seiten ist nun festgestellt worden, und es soll auch durch Aussagen von Gefangenen bestätigt sein, daß die Entente seit längerer Zeit den 15. August als den Tag gleichzeitiger starker Angriffe an mehreren Stellen der Westfront bestimmt hatte. Da sei es geradezu auffallend, daß in dieser Zeit an sehr vielen Stellen in Deutschland Zettel verteilt worden sind, die für diesen Tag zum Generalstreik in Deutschland auffordern. Zwischen beiden Ereignissen bestehe ein innerer Zusammenhang. Es dürfe als sicher gelten, daß die Streifzettelverteilung in der deutschen Kriegsindustrie von der Entente angezettelt worden ist.

Zuzutragen ist den Feinden Deutschlands alles, und es erscheint uns auch nicht ausgeschlossen, daß man selbst diesen Weg einschlägt, um die Widerstandskraft der Deutschen zu brechen, die man im offenen Kampfe nicht unterliegen kann. Von der vaterländischen Gesinnung der deutschen Arbeiterschaft darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß sie dem landesverräterischen Anfinnen solcher anonymen Heber mit der gebührenden Beachtung antwortet und es ablehnt, die Arbeit niederzuliegen, während in Ost und West unsere tapferen Truppen im schwersten Kampfe stehen. Wenn irgendwo Anlaß zu Beschwerden vorhanden ist, so wissen die organisierten Arbeiter wenigstens, an wen sie sich zu wenden haben, nämlich an ihre Organisationen. Diese werden schon den richtigen Weg finden, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Vor planlosen Streiks kann nicht oft und scharf genug gewarnt werden, namentlich in der jetzigen Zeit, wo alles auf dem Spiele steht. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine jedenfalls werden sich an derartigen Vorfällen nicht nur beteiligen, sondern schon jedem diesbezüglichen Versuch mit aller Energie entgegenreten.

Auf eine Anfrage, betr. die Heraushebung der Grenze des pfändungsfreien Einkommens hat der Reichskanzler geantwortet, es sei nicht zu verkennen, daß seit dem Erlass der Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915, durch welche die Grenze der Unpfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen auf 2000 Mark erhöht worden ist, eine weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse eingetreten ist und daß diese Lastade den Gedanken einer noch mäßigen Heraushebung der Pfändungsgrenzen nahe legt. Die Prüfung der hierbei in Betracht kommenden Umstände könne indessen nicht einseitig unter dem Gesichtspunkte des Schuldnerschutzes erfolgen, sondern müsse auch den Interessen der Gläubiger, namentlich der kleinen Gewerbetreibenden und der Hausbesitzer, die in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlich oft schwebend sind als die Schuldner, ernste Beachtung zuteil werden lassen. Die Erwägungen darüber, ob und in welcher Weise durch gesetzliche Maßnahmen ein Ausgleich der Interessen möglich ist, seien im Gange.

Dem Frieden entgegen! So schwer auf uns allen auch die Last des Krieges ruht, und so sorgenvoll unser Dasein augenblicklich ist — eine Freude ist uns doch allen gemeinsam, und die bereitet uns jedesmal unser Admiralstab, wenn er täglich die neuen U-Boots-Erfolge bekannt gibt. An den U-Booten und ihren unvergleichlich tapferen Besatzungen hängt das Herz des ganzen Volkes. Sie nagen unaufhaltsam an der Widerstandskraft unserer mächtigsten Feinde, bis sie bricht. Unsere Friedenshand haben die Feinde übermütig ausgeschlagen. Nun gut, unsere U-Boote werden sie zum Frieden zwingen.

Deshalb dürfen und wollen wir unsere wackeren U-Boote aber auch um keinen Preis im Stich lassen. Nur um uns den Frieden zu bringen, verrichten sie ja ihr gefährvolles Vernichtungswerk. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß der U-Boot-Erfolg ein immer größerer wird, daß unseren Helden Betriebsstoffe und Munition nicht ausreichen. Das kostet Geld, und wieder hat in einer denkwürdigen Sommeraunahme der Reichsstaats einen 15 Milliarden-Kredit bewilligt. Es wird also in Kürze wieder an uns der Ruf ergehen, Kriegsanleihe zu zeichnen.

Trotz der günstigen Zeichnungsbedingungen verfügen aber viele unserer Leser nicht über die nötigen Mittel, um sich gleichfalls an den Zeichnungen beteiligen zu können. Alle diese wird es gewiß interessieren, daß unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung genau wie bei der jech-

ten, so auch bei der bevorstehenden siebenten Kriegsanleihe die so überaus vorteilhafte Kriegsanleiheversicherung zu unterstügen gedenkt. Sie vereint nicht nur das Angenehme mit dem Nützlichen, sondern auch das Nützliche mit dem Notwendigen. Wer nämlich von dieser Zeichnungsmöglichkeit Gebrauch macht, schließt gleichzeitig eine Versicherung nach Tarif II der Volksversicherung auf den Todes- oder Erlebensfall ab, und zahlt deshalb bei der Zeichnung nur ein Viertel der Zeichnungssumme in bar. Die Zinsen dieses Viertels werden dem so Versicherten durch Kürzung der an sich schon sehr mäßigen monatlichen oder vierteljährlichen Versicherungsbeiträge vergütet.

Sobald die neue Kriegsanleihe ausgeschrieben wird, werden wir auch die näheren Bedingungen dieser Kriegsanleiheversicherung bekanntgeben. Wer zeichnen oder mitarbeiten will, möge schon jetzt seine genaue Adresse aneben unserer Generalrechnungsstelle in Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 223.

Zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei der Veranrechnung von Arbeitern zu direkten Kommunalsteuern im Königreiche Preußen und im Königreiche Sachsen haben die preussischen Minister der Finanzen und des Innern und die sächsischen Ministerien des Innern, der Finanzen und des Kultus und öffentlichen Unterrichts eine bereits am 1. Januar 1917 in Kraft getretene Vereinbarung getroffen, in der es heißt:

Wenn unverheiratete Arbeiter, die sich unter Verbeibehaltung ihres Wohnsitzes in einem der beiden Staaten im Gebiete des anderen Staates des Gewerbes wegen aufhalten, nach den Vorschriften des Landesrechts von der Aufenthaltsgemeinde mit ihrem nicht aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb stehenden Einkommen zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen werden, so ist das bezeichnete Einkommen für den Zeitraum der Versteuerung in der Aufenthaltsgemeinde von der Wohnsitzgemeinde steuerfrei zu lassen.

Wenn verheiratete oder vermittelte Arbeiter, die sich unter Verbeibehaltung ihres Wohnsitzes in einem der beiden Staaten im Gebiete des anderen Staates des Gewerbes wegen aufhalten, nach den Vorschriften des Landesrechts von der Versteuerung in der Aufenthaltsgemeinde unterliegen, so dürfen sie von dieser für das nicht aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb stehende Einkommen nur mit der Hälfte des darauf entfallenden tarifmäßigen Steuerfusses zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen werden, sofern sie eine Bescheinigung ihrer Heimatsbehörde darüber beibringen, daß sie an ihrem Wohnsitz in ihrem Heimatsstaate Familienangehörige zurückgelassen haben, zu deren Unterhalt sie in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht beitragen. In diesem Falle ist das bezeichnete Einkommen für den Zeitraum der Veranrechnung in der Aufenthaltsgemeinde von der Wohnsitzgemeinde ebenfalls nur mit der Hälfte des darauf entfallenden tarifmäßigen Steuerfusses zu besteuern. Wird die Bescheinigung nicht erbracht, so ist der verheiratete oder vermittelte Arbeiter wie ein unverheirateter zu behandeln.

Das Gewerbegericht ist nicht zuständig für Schadenersatzansprüche wegen verpateter Erteilung des Abstreichens. So hat das Berliner Gewerbegericht entschieden, indem es in der Begründung nach der Monatschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ folgendes ausführte:

Der Anspruch auf Erteilung eines Abstreichens beruht nicht auf Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, sondern auf den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Das gleiche gilt folgemäßig für den Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterteilung des Scheines. Wie jener schon ausdrücklich der Zuständigkeit des GG. entrikt ist durch die Einsetzung einer besonderen Beschwerdebehörde (des Schlichtungsausschusses), so gehört auch der Schadenersatzanspruch nicht zu den Ansprüchen, für welche nach § 4 GG. die Zuständigkeit des GG. gegeben ist. Demnach ist das GG. nur zuständig für Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung folgender einschlägiger Verpflichtungen:

- a) der Aushändigung des Arbeitsbuchs, des Zeugnisses, des Lohnbuchs, Arbeitszettels oder Lohnzahlungsbuchs;
- b) der Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis;
- c) der Rückgabe anlässlich des Arbeitsverhältnisses übergebener Urkunden, Geräte und dergleichen.

Die Worte „und dergleichen“ fehlen in der Aufzählung zu a. Also kann man die Verpflichtung zur Aushändigung des Abstreichens hier nicht mit einbeziehen (der Abstreichens ist übrigens auch nur äußerlich dem „Zeugnis“ ähnlich, inhaltlich hat er es nicht, wie dieses, mit den Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis zu tun). Um eine Verpflichtung im Sinne von b und c handelt es sich hier nicht. Es steht keine Leistung aus dem Arbeitsverhältnis und keine Rückgabe in Frage. Es ist auch nicht ananzig, aus dem Fehlen jeder Bestimmung im Hilfsdienstgesetz über die für solche Schadenersatzansprüche zuständige Behörde im Wege der Analogie zu folgern, daß nunmehr diejenigen Gerichte

zuständig seien, die über ähnliche Ansprüche zu entscheiden haben. Denn das Gewerbegericht ist ein Sondergericht. Seine Zuständigkeit ist beschränkt auf die ihm ausdrücklich zugewiesenen Fälle. Es darf die Zuständigkeitsbestimmungen, mag dies — wie hier — der Willkür noch so sehr entsprechen, nicht ausdehnen auslegen. Solange daher nicht die gesetzgebenden Organe das Hilfsdienstgesetz entsprechend ergänzen, ist das Gewerbegericht in Ablehngeschritten zur Entscheidung niemals berufen.

Die geplante Errichtung von ständigen paritätischen Industrierräten in England, mit der wir uns in der vorletzten Nummer eingehend beschäftigt haben, wird, wie ebenfalls bereits angedeutet wurde, in gewissen Arbeitgeberkreisen auf stärksten Widerstand. Selbstverständlich ist es die „Arbeitsgezeitung“, die die Ansichten der Gegner des Plans bei uns der Öffentlichkeit unterbreitet und sie sich zu eigen macht. Die englische Zeitschrift „Engineering“ lehnt diese Industrierräte entschieden ab. Die gesamte Industrie solle diesen Räten mit gebundenen Händen ausgeliefert werden. Kein Arbeitgeber solle mit seinen Arbeitern etwas anderes vereinbaren dürfen, auch wenn es für beide Teile vorteilhaft wäre, als was die Räte beschließen haben.

Es ist das alte Lied, das immer ertönt, wenn durch gesetzliche oder tarifliche Regelung gewisse Rechte für die Arbeiterschaft festgelegt werden, der „Herr im Haupte-Stein“ angerührt wird. „Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen nicht durch eine die ganze Industrie umfassende Kontrolle gehemmt, müssen vielmehr zur freien Entfaltung ihrer Kräfte ermutigt werden.“ So ruft „Engineering“ gornig aus, und die „Arbeitsgezeitung“ stimmt mitführend in die Klage ein, indem sie hinzusetzt:

„Man wird sich den Ausführungen des Engineering, die sich in so berechtigter Weise gegen das übermäßige der Staatskontrolle und gegen das paritätische System wenden, vollkommen beistimmen. Auch in Deutschland, wo sich ja ganz ähnliche Strömungen bemerkbar machen, wird man beizeiten die nötigen Gegenstände und Gegenüberstellungen zur Geltung bringen müssen.“

Also beileibe kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter! Dagegen häumt sich schon heute die „Arbeitsgezeitung“ entschieden auf. Der neue Kreis der deutschen Sozialpolitik wird diesen Kreisen gegenüber keinen leichten Stand haben. Umso mehr muß in der Arbeiterschaft sich die Erkenntnis durchdringen, daß sie alles tun muß, ihre Organisationen zu festigen und zu vergrößern. Nur wenn sie als achtunggebietender Faktor bei der Neugestaltung der Dinge mitreden kann, wird sie den Widerstand jener Bremser zu brechen und den Einfluß zu gewinnen vermögen, der gesunde soziale Verhältnisse im neuen Deutschland verspricht.

Von der Lebensmittellage nach dem Kriege. Der kommende Friede wird die gesamte Welt in einer erheblichen anderen Lage wiederfinden, als er sie bei Eintritt des ungeheuren Weltbrandes verlassen hat. Die Wirtschaft nicht nur der kriegsführenden, sondern auch in nicht geringerem Maße der neutralen Mächte hat bereits so schwere Einbuße erlitten, daß ein Aufbau nicht von heute zu morgen möglich ist. Deutschland wird demnach damit rechnen müssen, daß für eine geraume Zeit, vielleicht eine Anzahl von Jahren eine weitere Beschränkung des Verbrauchs und eine Rationierung der wichtigsten Lebensmittel notwendig bleiben wird, da es auch in den kommenden Friedenszeiten zunächst im wesentlichen auf das angewiesen sein dürfte, was in seinen und seiner Verbündeten Ländern an Lebensmitteln hergestellt wird. Die Einfuhr aus allen Ländern, von denen wir früher bis zu einem gewissen Grade wirtschaftlich abhängig waren, wird noch lange unterbleiben müssen, weil diese Länder selbst unter argen Mißverhältnissen, u. a. dem fortgesetzt zu erwartenden Rückgang der Weltmarkte, zu leiden haben, ferner die allgemeine Frachtraumnot dahin führen wird, daß für den Import dem Getreide zunächst andere nützigere Rohstoffe vorgezogen werden müssen. Mangel an Arbeitskräften, geringere Ausnutzungsmöglichkeit des Bodens und zahllose andere Schwierigkeiten werden die Völker zunächst an der Wiederherstellung eines regelmäßigen Austauschverkehrs hindern. Wir sind daher darauf angewiesen, auch nach Friedensschluß dank unserer Organisation der Rationierung uns weiter selbst zu helfen, und es wird sich dann zeigen, daß Deutschland, welches von seinen Feinden ausgehungert werden sollte, am Ende in seiner Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln, insbesondere mit Getreide, das relativ am besten versorgte Land sein wird.

Wir werden uns daher schon heute klar machen müssen, daß es zunächst auch nach Abschluß eines ehrenvollen Friedens nötig sein wird, den Riemen eng geschnallt zu halten. Es dürfte sich wohl angesichts der aus den Ausführungen der Weltverbandspresse und den Reden ihrer Führer hinlänglich bekannten Pläne einer wirtschaftlichen Zerschmetterung oder Ausschließung Deutschlands erübrigen, auch nur anzudeuten, wie es kommen könnte, wenn uns ein schlechter Friede in die Hände unserer Gegner liefern sollte.

Sobiel steht jedenfalls fest, daß auch der für uns günstige Friede uns nicht mit freigelegter Hand gleich als der einseitigen Lieberfülle Brot zu schenken vermag. Denn, wo sollte er es auch herholen?

Aus dem Verbands.

Berlin. Ein Verein „Arbeiter-Hochschule E. V.“ ist hier gegründet worden. Er bezweckt die Verbreitung wissenschaftlicher Bildung und Arbeitsweise unter der Arbeiterschaft im weitesten Sinne durch Lehrgänge, Übungen, Führungen, Volkshilfsarbeiten usw. und der Weiterentwicklung des deutschen Volkshochschulwesens in dieser Richtung selbständig mitarbeiten. Der Verein veranstaltet Lehrgänge aus verschiedenen Gebieten von Wissenschaft und Kunst, die eine Fortsetzung der bisherigen Arbeiterfortbildungen der Humboldt-Akademie Freie Hochschule darstellen. Der Verein ist religiös und politisch neutral. Zum inneren und äußeren Ausbau des Vorlesungswezens werden ein wissenschaftlicher Beirat und eine Obmannschaft aus den Kreisen der Vereinsmitglieder und der gesamten Oberschicht gebildet werden. Jedes zweite Jahr soll eine allgemeine Volkshochschulkonferenz für das ganze Reich veranstaltet werden, da der Verein grundsätzlich seine Ausdehnung auf das Reich erstreckt. Mitglieder des Vereins „Arbeiter-Hochschule E. V.“ können Angehörige des Arbeiter- und Angestelltenandes werden, die positive Mitgliedschaft nicht jedem Freunde des Volkshochschulwesens, auch Körperlichen und Unternehmungen, frei. Der Mitgliedsbeitrag ist 1,50 M. jährlich, wofür die Vereinsmitglieder erhebliche Ermäßigungen bei den Hörkursen genießen. Der Mitgliedsbeitrag für Vereine und Unternehmungen ist auf 10 M. festgesetzt. Auf eine Förderung des Vereins durch alle bildungsreichen Arbeiterkreise, sowie durch Freunde der Volkshochschule und sozial gesinnte Unternehmer wird gerechnet. Der vorragende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben haben ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt. Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule hat dem Verein bereits eine erhebliche Beihilfe bewilligt.

Der Ausschuss besteht bis auf weiteres aus folgenden Personen: Dr. Felix Borchardt, Charlottenburg, Eisenbahnallee 24 (1. Vorhüben); Paul Gidhorn, Eisenbahnarbeiter, O. 34, Gubenstraße 34 (2. Vorhüben); Eisenbahnarbeiter Hermann Kutsche, Metallarbeiter Gustav Müller, Zuschneiderin Agnes Fiecke, Schlosser Ernst Schmidt, Geschäftsführerin Margarete Silbermann. Der Verein unterhält Geschäftsstellen in Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 53-56, Zimmer 88 und Berlin O. 34, Gubenstraße 31. Anmeldungen zur Mitgliedschaft werden dort sowie in sämtlichen Zweigstellen des Warenhauses Hermann Tieß schriftlich und mündlich entgegengenommen.

Chemnitz. Zu der am 2. September hier stattfindenden Konferenz der sächsischen Ortsverbände geben wir bekannt, daß zum Empfang der auswärtigen Kollegen am früh 8 Uhr ab Kollegen des hiesigen Ortsverbandes am Hauptbahnhof anwesend sein werden. Erkennungszeichen: Schwarz-weiß-rote Schleife.

Alle diesbezüglichen Anfragen sind an den Ortsverbandsführer Kollegen Robert Bachmann, Chemnitz, Philippsstr. 1, zu richten.

Mittelrhein. In der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsverbandes konnte der Vorsitzende nach langer Zeit wieder einmal den Kollegen Reuthen-Somburg begrüßen, der nach Beendigung der geschäftlichen Angelegenheiten einen Vortrag hielt über die deutsche Arbeiterschaft vor, während und nach dem Kriege. Der Redner führte aus, daß vor Ausbruch des Krieges wohl mancher im Deutschen Reich sich bisweilen die Frage vorgelegt habe, wie wohl die deutsche Arbeiterschaft sich im Falle eines Krieges verhalten werde. Nun haben die Tatsachen gelehrt, und es hat sich gezeigt, daß die deutsche Arbeiterschaft sich ihrer nationalen Pflichten voll bewußt die Einmütigkeit und Begeisterung, die zu Anfang des Krieges das ganze deutsche Volk befeuerte, übertragen die höchsten Erwartungen. Auch die deutsche Arbeiterschaft ist dabei inbegriffen, denn sie wußte wohl und weiß auch heute noch, was für sie auf dem Spiele steht. Die politischen Kämpfe zwischen den verschiedenen Parteien hörten von selbst auf, auch Parteifriede und Ausparierungen wurden abgebrochen. Der hin und wieder gebrochen wurde. Die deutschen Arbeiterorganisationen hatten naturgemäß zuerst erhebliche Einbußen in der Mitgliederzahl. Mit der Zeit stehenden aber auch die bisher der Organisation fernstehenden, ja feindseligen Kreise, welchen Vorteil der Zusammenschluß mit den Berufsgenossen bietet. Dadurch war es möglich, allmählich die Lücken, die der Krieg in die Reihen der Organisationen gerissen hatte,

wenigstens zum Teil wieder auszufüllen. Im Ausmaß an diese Ausführungen kreiste der Redner auch die Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sein können. Jedenfalls werde dadurch, zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft, die Zersplitterung nur vermindert werden. Die Arbeiterschaft hat, wie es scheint, durch den Krieg nur wenig gelernt. Die Lebensbedingungen, die bisher gewährt wurden, kamen lediglich zustande durch den Druck der Verhältnisse, und oft genug reichten sie nicht entfernt aus zur Deckung der teuren Lebenshaltung. Die Rationierung hat ihren Standpunkt den Arbeiterorganisationen gegenüber wesentlich geändert. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. Auch das Versprechen des gleichen Wahlrechts für Frauen sei von großer Bedeutung. Zu wünschen bleibt allerdings, daß auch auf andern Gebieten noch Verbesserungen geschaffen und erleichtert werden getroffen werden zugunsten der deutschen Arbeiterschaft.

Der mit Beifall aufgenommene Vortrag zeitigte eine sehr lebhafte Aussprache, in der von allen Seiten die Mängel in der Lebensmittelforschung auf das schärfste kritisiert wurden. Bei den Behörden hätte man den Wünschen der großen Masse des Volkes zu wenig Rechnung getragen. Am Schlusswort gab Kollege Meuffen noch mündliche Ratsschlüsse und forderte die anwesenden Kollegen auf, trotz der Schwere der Zeit, unermüdet an der Stärkung der Organisation zu arbeiten.

S. Poiten, Schriftführer.

Sammelnummern.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerbevereine (G. V.) Neben 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau. Nächste Zusammenkunft am 5. September. — **Konbitorgerischen-Berlin** (O. V.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dierckestraße 1. Die beiden anderen Diensttage, Sühna, Süßowstraße 98 bei Gericht. — **Metallarbeiter Berlin III.** Abends 8-10 Uhr, Abends im Nordwest-Kasino, Alt-Weiß 55-56. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII.** Abends 8-10 Uhr, Schönhauser Allee 57, 3. Saalabend.

Orts- und Bezirksverbände.

Leipzig (Ortsverband). Vertreterversammlung Donnerstag, den 30. August, abends 7 1/2 Uhr im Verbandslokal „Stadt Hannover“.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. (Ortsverband). C. Kestle, Kassierer, Langestr. 24 I.

Anzeigen-Teil.

Seizer

für Dampfmaschine, der mit elektr. Lichtanlage vertraut ist und möglichst Reparaturen an Holzbearbeitungsmaschinen ausführen kann, folglich eher später gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschrift, ev. auch von Kriegsinvaliden, unter Angabe der Gehaltsansprüche zu richten an

J. Radow's Ww. & Co., G. m. b. H., Dampfjägerwerk und Holzbearbeitungsfabrik, Torgelow i. Pom.

90 Bände

neue, gut gebundene schöne Bücher für Vereinsbibliotheken sind zusammen oder in zwei Sähen sehr preiswert zu verkaufen. Angebote erbeten an die Expedition des „Gewerbevereins“.

Empfehlenswerte Broschüren vom Verbandsbüro, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23, zu beziehen:

Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt? von F. H. Bacher, Rechnungsrat im Preussischen Kriegsministerium. Preis 25 Pfg.

Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. 1. Teil: „Koalitionsrecht und Strafrecht“. Vom Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform. Preis 1,- M.

2. Teil: „Das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Folgegebote“. Preis 80 Pfg.

3. Teil: „Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeiterrecht“. Preis 80 Pfg.

Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, mit Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen. Preis 25 Pfg.

Verständnis über die Ansprüche der Kriegsveteranen und der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern von Dr. Georg Braun. Preis 50 Pfg.

Berechtigter für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt. Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg., 6 Stück kosten 1,00 M., 12 Stück 1,80 M. **Regien des Arbeitsrechts** von A. Eijter. Preis 4,80 M.

Neuzeitliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Kaufmann. Preis 3 M.

Reform des Arbeitsrechts von Dr. Fiesch. Preis 20 Pfg.